

Niederschrift



Gremium: **31. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation**

Sitzungsdatum: **Freitag, den 01.02.2013**

Sitzungsort: **Landratsamt Augsburg, Kleiner Sitzungssaal 221, 2. Stock**

Beginn: 09:02 Uhr

Ende: 12:20 Uhr

Landrat Sailer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende / Vorsitzender:

Martin Sailer

Mitglieder:

| | |
|----------------------|---------------|
| Peter Bergmeir | bis 10.47 Uhr |
| Dr. Markus Brem | bis 12.11 Uhr |
| Hannelore Britzlmair | entschuldigt |
| Hans-Peter Dangel | |
| Silvia Daßler | |
| Marlies Fasching | bis 12.11 Uhr |
| Franz Fendt | |
| Anni Fries | ab 9.08 Uhr |
| Peter Högg | |
| Hubert Kraus | |
| Gerhard Ringler | |
| Peter Schönfelder | |
| Robert Steppich | |

Vertreter:

| | |
|---------------|---|
| Lorenz Müller | Vertretung für Ludwig Fröhlich ab 10.19 Uhr |
|---------------|---|

Verwaltung:

| | |
|-----------------|----------|
| Thomas Huber | |
| Manfred Merz | zu TOP 1 |
| Uwe Schwarzer | ab TOP 6 |
| Martin Seitz | |
| Claudia Ziegler | |

Weitere Anwesende:

Frank Schwindling (zu TOP 5)
Manfred Hofmann (ab TOP 6)
Stefan Reinholz (ab TOP 6)
Franz Miller (zu TOP 7)
Heiko Altmann (i-SYS Unternehmensberatung zu TOP 7)

Schriftführerin:

Susanne Häusler

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. EDV-Haushalt 2013 - 2. Lesung
2. Kreishaushalt 2013 - 2. Lesung;
Behandlung des Verwaltungsentwurfs
Vorlage: 13/0009
3. Verschiedenes
4. Wünsche und Anfragen

Kreisrätin Daßler hat eine Nachfrage zum Stellenplan 2013. Ihre Fraktion habe nochmals den Antrag gestellt, die Stelle für den Klimaschutz wieder in den Stellenplan aufzunehmen. Kreisrätin Jung habe von Kreisrat Liebert die Auskunft erhalten, dass die Stelle nicht gestrichen, sondern mit Sperrvermerk versehen worden wäre. In ihrer Erinnerung wäre diese Stelle jedoch gestrichen worden. Auch im Protokoll wäre diese Stelle als gestrichen aufgenommen worden. Kreisrätin Daßler erklärt, dass Kreisrätin Jung durch die falsche Wiedergabe der Tatsachen irritiert wäre und nicht mehr wisse, wie sie mit dem Antrag umgehen solle.

Landrat Sailer bestätigt, dass die besagte Stelle in der ersten Lesung gestrichen wurde. Darüber müsse mit den zuständigen Mitgliedern des Ausschusses gesprochen werden.

Kreisrätin Daßler erklärt, dass Kreisrätin Jung den Antrag im Kreisausschuss gestellt habe. Wenn die Stelle tatsächlich gestrichen sei, möchte sie klarstellen, dass ihre Fraktion diesen Antrag aufrecht erhalte.

Landrat Sailer schlägt vor, heute nochmal über diese Stelle zu diskutieren. Auf Wunsch von Kreisrätin Daßler wird die Tagesordnung zum Thema Stellenplan, weitere Stelle im Bereich Klimaschutz, ergänzt.

Damit ist **Kreisrätin Daßler** einverstanden.

Öffentliche Sitzung

| |
|--|
| TOP 1 EDV-Haushalt 2013 - 2. Lesung |
|--|

Herr Merz erklärt, dass man mit den Streichungen der ersten Lesung von der ursprünglichen Steigerung der Ausgaben von 15,5 % auf 10,8 % gekommen wäre.

Zum weiteren Vortrag von Herrn Merz wird auf die Präsentation verwiesen, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Kreisrat Schönfelder erkundigt sich nach Möglichkeiten, Auszubildenden von einzelnen Kommunen einen Ausbildungsgang im EDV-Bereich des Landratsamtes zu ermöglichen.

Landrat Sailer erklärt, dass dies sicher möglich sein werde.

Auch **Herr Merz** sieht hier kein Problem. Auf Nachfrage von **Kreisrat Dangl** erklärt Herr Merz, dass sowohl sein Vortrag als auch die aktuelle Haushaltsauflistung der Niederschrift beigelegt wird.

Im Anschluss fasst der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation empfiehlt dem Kreisausschuss, den EDV-Haushaltsansatz 2013 in den Einnahmen auf 6.700 € und in den Ausgaben auf 1.218.700 € festzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |

| | |
|--------------|--|
| TOP 2 | Kreishaushalt 2013 - 2. Lesung; Behandlung des Verwaltungsentwurfs Vorlage: 13/0009 |
|--------------|--|

Sachverhalt:

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2013 (Stand: 14.12.2012) wurde am 07.01.2013 in den Kreistag (Vorlage 12/0338) eingebracht und bezüglich seiner Eckwerte vorgestellt. Der Verwaltungsentwurf ging von einem ungedeckten Bedarf in Höhe von 688.900 € aus. Daneben befanden sich auf Zusatzlisten hinzu kommende Einzelpositionen. Zum Abgleich des Vermögenshaushaltes war eine Kreditaufnahme in Höhe von 16.577.700 € enthalten. Bei Berücksichtigung von Einzelpositionen auf Zusatzlisten würden sich diese Beträge verändern.

Der Verwaltungsentwurf zum Kreishaushalt 2013 wurde in einer ersten Lesung behandelt, und zwar am

14.01.2013 im Kreisausschuss,
15.01.2013 im Jugendhilfeausschuss,
16.01.2013 im Schul- und Kulturausschuss,
17.01.2013 im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss und
18.01.2013 im Ausschuss für Personal, EDV und Organisation.

Haushaltsklausuren der CSU-, SPD-, FW-, FDP- sowie Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktionen werden in der Zeit vom 19. bis 26.01.2013 stattfinden.

Veränderungen, die sich gegenüber dem Ausgangsstand vom 14.12.2012 ergeben haben, wurden in den jeweiligen Sitzungen dargestellt.

Neben den eingetretenen Veränderungen ist zu berücksichtigen, dass letztlich immer noch nicht alle erforderlichen Eckwerte, die auf einen Abgleich des Kreishaushaltes 2013 Einfluss nehmen können, bekannt sind. Außerdem wären über die in der Zusatzliste enthaltenen Einzelpositionen, die im bisherigen Zahlenwerk noch nicht enthalten sind, Entscheidungen sowie Eckwertebeschlüsse herbeizuführen.

Bereits am 13.12.2012 hat der Bezirkstag über die Höhe der Bezirksumlage 2013 entschieden. Die Auswirkungen des unveränderten Bezirksumlagehebesatzes von 23,9 % wurden bereits in der Präsentation des Verwaltungsentwurfs im Kreistag am 07.01.2013 beschrieben.

Daneben enthält die Verwaltungsvorlage nach wie vor Unwägbarkeiten. So sind auch noch nicht alle Finanzausgleichsleistungen verbindlich festgelegt (z. B. stehen verbindliche Bescheide über Finanzausweisungen, ÖPNV-Zuweisungen und Investitionspauschalen noch aus) sowie alle Wirtschaftspläne, welche Auswirkungen auch auf den Kreishaushalt nehmen, endgültig verabschiedet.

Nähere Einzelheiten erfolgen im Zuge der Beratungen durch die Landkreisverwaltung.

Landrat Sailer erklärt, dass in diesem Zusammenhang das Ansinnen von Kreisrätin Daßler aufgegriffen werde. In der gestrigen Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses habe Frau Spöttle die entsprechenden Ziele des Landkreises präsentiert. Hierbei wäre das Reduktionsziel 55 % bis zum Jahr 2030 mit entsprechenden Maßnahmen hinterlegt. Die Überlegung wäre durchaus nachvollziehbar. Die Anmeldung der Stelle käme auch von Frau Spöttle, die nur zu 40 % in der Regionalen Energieagentur und zu 60 % dem Grunde nach als Klimaschutzbeauftragte tätig wäre. Man müsse ganz offen sagen, dass Frau Spöttle schon ein Stück weit an der Grenze wäre. Von daher könne sie im Bereich Klimaschutz nur sehr gering wirken, da sie eben in der Energieagentur stark eingebunden sei. Frau Spöttle wolle auch Beratungsleistungen für die Kommunen mit übernehmen. Dies bedeute, dass bestimmte Projekte im Moment nicht stattfinden könnten. Aus diesen Überlegungen heraus habe Frau Spöttle vorgeschlagen, eine weitere Stelle zu schaffen. Diese wurde jedoch in der Tat in der ersten Lesung nicht aufgenommen. Landrat Sailer führt weiter aus, dass es jedoch durchaus nachvollziehbare Gründe für dieses Ansinnen gebe. Frau Spöttle habe diese gestern im Bau-, Umwelt- und Energieausschuss sehr gut dargestellt. Zur weiteren Vorgehensweise schlägt Landrat Sailer vor, nach der Präsentation der aktuellen Zahlen durch Herrn Seitz an passender Stelle das Thema Klimaschutz nochmals anzusprechen.

Herr Seitz stellt fest, dass sich insbesondere nach der zweiten Lesung in der gestrigen Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses der ungedeckte Bedarf wohl auf 11 Millionen Euro reduzieren wird. Im Verwaltungshaushalt bestehe derzeit ein Überschuss von etwas über 360.000 Euro. Im Vermögenshaushalt bestehe ein Kreditbedarf zwischen 11 und 12 Millionen Euro, was sich jedoch sicher noch fortschreiben werde. In der Vorlage für den Personalausschuss wurden insbesondere die von Herrn Merz dargestellten Änderungen aufgenommen. Die Personalkosten insgesamt würden sich augenblicklich in Summe mit 27.072.700 Euro darstellen. Hierin wäre die Deckungsreserve bereits enthalten. Dies wäre auch der Betrag, den man als Eckwertebeschluss auf der Liste vorgesehen hätte. Herr Seitz erklärt, dass man bei Änderungen zum Stellenplan an dieser Stelle schon einhaken müsse.

Landrat Sailer erklärt, dass die Stelle für den Klimaschutz in Entgeltgruppe 6 vorgeschlagen gewesen wäre. Haushaltsrelevant wäre dies bei einer Einstellung zum 01.07.2013 mit 21.600 Euro. Diese Stelle könne man aufnehmen, mit Sperrvermerk aufnehmen oder eben bei dem bisherigen Beschluss verbleiben. In diesem Zusammenhang möchte Landrat Sailer einen Blick auf die gemeindlichen Personalkosten werfen. Der Anteil der Personalkosten am Verwaltungshaushalt liege beim Landkreis bei 15 %. Zum Vergleich habe man zehn Gemeinden herausgesucht, die Spreizung liege zwischen 17 % in Langweid und 28,9 % in Biberbach. Allerdings müsse dazu festgestellt werden, dass hier auch die gemeindlichen Kindergärten beinhaltet wären. In Untermeitingen liege der Anteil bei 20 %, hier wären jedoch die Mitarbeiter für die Verwaltungsgemeinschaft noch nicht mit berücksichtigt. Landrat Sailer stellt fest, dass man dies den Gemeinden nicht zum Vorwurf machen wolle. Der durchschnittliche Anteil der Personalkosten in Bayern wäre bei 16 %, da könne der Landkreis mit 15 % nicht so verkehrt liegen. Dies wolle er an der Stelle nur einmal mitteilen. Auf Wunsch von Frau Daßler und auch als Ergebnis der gestrigen Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses wolle man jetzt jedoch über die Stelle im Klimaschutz sprechen. Landrat Sailer führt weiter aus, dass er kein Problem damit habe, wenn man die Stelle aufnehmen bzw. mit Sperrvermerk aufnehmen würde. Man dürfe sich bei dem Thema Personalkosten nicht immer nur von denen leiten lassen, die einem einen Strick daraus drehen würden.

Kreisrätin Daßler weist darauf hin, dass es sich hier um eine Stelle in Entgeltgruppe 6 handeln würde. Hierbei handele es sich um eine Stelle, die der höher bezahlten Frau Spöttle Arbeit abnehmen soll. Frau Spöttle leiste eine sehr engagierte Arbeit. Der Klimaschutz soll im Landkreis eine hohe Wertigkeit einnehmen und da müsse man sich schon überlegen, wie man die engagierten Ziele erreichen könne. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion den Antrag gestellt, über diese zusätzliche Stelle noch einmal nachzudenken.

Nach Meinung von **Kreisrat Dr. Brem** spielt das Thema Energiewende und hier eben Klimaschutz eine gewichtige Rolle. Seiner Fraktion wäre es ein Anliegen, im Rahmen der Energiewende im Allgemeinen und der Klimaschutzpolitik im Speziellen auch ein Verständnis darüber zu haben, was man eigentlich tue und wie die Dynamik in diesem Veränderungsprozess wäre. Aus Sicht seiner Fraktion müsse man in den Raum stellen, dass diese Dynamik noch nicht wirklich in allen Punkten absehbar sei. Im Moment erlebe man, dass Klimaschutzpolitik und Energiewende faktisch aus wirtschaftlichen Gründen durchgeführt werde. Im Unterschied zu vor 20 oder 30 Jahren, wo Klimaschutz sozusagen eine politische Idee gewesen wäre, wäre es faktisch so, dass das Thema schon allein deshalb notwendig wäre, weil man wirtschaftlich damit besser fahre. Seiner Meinung wäre es hilfreich, wenn Frau Spöttle und auch die noch zu gründenden Energiewerke sich einen besseren Blick insgesamt und auch zu dem, was in den Gemeinden vor Ort stattfindet, erarbeiten würden. Insofern müsse man darüber nachdenken, ob man diese Stelle trotzdem definiere, um beispielsweise diesen Entlastungseffekt zu erzielen. Man könne auch darüber nachdenken, einen Sperrvermerk zu setzen und dann im konkreten Fall entsprechend zu entscheiden.

Landrat Sailer stellt fest, dass sich Frau Spöttle vor Besetzung dieser Stelle auf jeden Fall hier im Ausschuss rechtfertigen müsste.

Kreisrat Dangl warnt davor, die Größenordnung der finanziellen Aufwendungen zu vernachlässigen oder klein zu reden. Die Stelle wäre für 2013 mit 21.000 Euro veranschlagt, weil es zur Jahresmitte möglicherweise zu einer Besetzung käme. Insgesamt wären es jedoch 43.000 Euro, dies wäre keine Kleinigkeit. Die CSU-Fraktion wäre weiterhin der Meinung, dass Frau Spöttle sich in ihrer Arbeit erst noch festigen sollte. Frau Spöttle leiste gute Arbeit. Seine Fraktion wäre jedoch grundsätzlich der Auffassung, dass nicht so kurz nach Schaffung einer verantwortlichen Position eine Sekretariatsstelle nachfolgen könne. Sie seien hier nach wie vor sehr zurückhaltend, wolle sich jedoch einem Kompromiss nicht völlig verschließen. Kreisrat Dangl erklärt, dass seine Fraktion notfalls mit diesem Sperrvermerk leben könne. Allerdings käme eine Besetzung einer derartigen Stelle in diesem Jahr, wenn man es in dieser Weise doch vorsehen sollte, nicht in Frage. Es gebe auch die Möglichkeit, bestimmten Leistungen eine gewisse Priorität einzuräumen und auf andere Leistungen zunächst einmal zu verzichten.

Kreisrat Schönfelder sieht den Wortbeitrag von Kreisrat Dangl als Hinweis, dass man die Stelle nicht ganz beerdigen wolle sondern am Laufen halte um zu einem gewissen Zeitpunkt den Sperrvermerk aufzuheben. Wenn er jetzt der Antragsteller wäre, würde er sich fragen, ob es nicht sinnvoll wäre, von dem Ausschuss eine Erklärung abzuverlangen, mit einer größeren Ernsthaftigkeit als bisher für den nächsten Haushalt zu diskutieren. Die Mitarbeiterin habe dann ein Jahr Erfahrung und somit wäre eine Zusage mit der gewissen Ernsthaftigkeit für das Jahr 2014 unter Umständen mehr wert als wiederum ein Sperrvermerk ab dem Jahr 2014. Er könne mit der Entscheidung für einen Sperrvermerk leben, aber von der Ernsthaftigkeit her wäre ihm unter Umständen eine Diskussion für das Jahr 2014 wesentlich wichtiger.

Kreisrat Bergmeir kommt auf die gestrige Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses zurück, als das Klimaschutzkonzept vorgestellt wurde. Dieses wäre sehr ambitioniert mit dem Ziel, bis 2030 55 % einzusparen. Nach der Darstellung von Frau Spöttle wäre dies natürlich mit viel Arbeit verbunden. Kreisrat Bergmeir erklärt, dass er den Vorschlag von Landrat Sailer gut fände, dass Frau Spöttle die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Stelle dem Ausschuss vorstellen soll. Gestern habe der Bau-, Umwelt- und Energieausschuss dem Klimaschutzkonzept einstimmig zugestimmt. Nach Meinung von Kreisrat Bergmeir müsse man das dann auch vom Personal her entsprechend umsetzen können. Wenn Frau Spöttle ihre Arbeit im Personalausschuss noch einmal kurz vorstellen würde, dann werde man erkennen können, dass sie das alleine über die nächsten Jahre wahrscheinlich nicht schaffen werde. Man müsse auch aufpassen, dass Frau Spöttle an ihrer Tätigkeit nicht die Lust verliert, weil sie die Ziele nicht umsetzen könne. Kreisrat Bergmeir stellt abschließend fest, dass er den Vorschlag von Landrat Sailer nur unterstützen könne. Die Stelle sollte vorerst mit einem Sperrvermerk versehen werden, dies wäre aus seiner Sicht der absolut richtige Weg.

Kreisrätin Daßler ergänzt, dass ihre Fraktion sich ebenfalls mit einem Sperrvermerk einverstanden erklären würde. Sie gehe allerdings davon aus, dass man über diese Stelle in jedem Fall ernsthaft diskutieren würde. Man müsse sie nicht streichen mit einer Ehrenerklärung, dann im Jahr 2014 ernsthaft darüber zu diskutieren. Wenn eine Stelle im Stellenplan mit Sperrvermerk aufgenommen wäre, gehe sie davon aus, dass man natürlich über die Aufhebung des Sperrvermerks auch ernsthaft diskutieren würde.

Landrat Sailer stellt fest, dass ein gesetzter Sperrvermerk nur im Ausschuss wieder aufgehoben werden könne. Der Vorschlag wäre, dass Frau Spöttle im Frühjahr ihre Arbeit vorstelle und man dann einschätzen könne, ob sie hierfür Unterstützung benötigen würde. Wenn dies der Fall wäre, würde man den Sperrvermerk aufheben, wenn nicht, werde die Stelle nicht besetzt.

Kreisrätin Daßler fügt ergänzend hinzu, dass man vielleicht auch aufzeigen sollte, dass man durch so eine Stelle auch Geld einsparen könne. Wenn man das Klimaschutzkonzept mit allem, was man sich vorgenommen habe, einigermaßen umsetzen könne, würden auf der Gegenseite natürlich auch Ausgabeneinsparungen stehen.

Kreisrat Fendt kann sich höchstens für den Sperrvermerk erwärmen, aber für mehr nicht.

Kreisrat Dr. Brem möchte noch einen Gedanken einbringen, der aus seiner Sicht zum Begriff Klimaschutzkonzept und Klimaschutzbeauftragte relevant wäre. Entgegen der gängigen Meinung werde der Klimaschutz nicht nur auf Energieeinsparung reduziert. Für ihn stelle sich an der Stelle die Frage, wo im Haus für bestimmte Bereiche wie Landwirtschaft und Flächenbewirtschaftung die Zuständigkeiten liegen würden. Er sei der Meinung, dass man darüber sowohl verwaltungsfachlich als auch im Gremium nachdenken müsse, ob die Zuständigkeit wirklich an eine Stelle adressiert werden könne oder ob dies nicht bereits in den Fachabteilungen verankert wäre und vielleicht noch mit dem Begriff und der inhaltlichen Ausgestaltung des Klimaschutzkonzeptes erweitert oder ergänzt werden müsse. Die Diskussion zumindest im Rahmen der politischen Arbeit fehle ihm an der Stelle noch und gehöre hier auf den Tisch. Er erwarte sich schon, dass eine Frau Spöttle auch sagt, was unter dem Begriff Klimaschutzbeauftragte oder Klimaschutz verstanden wird und wie die Zuständigkeiten des Hauses überhaupt wären. Auch sollte aufgezeigt werden, wie bestimmte Dinge sowohl verwaltungsrechtlich als auch inhaltlich in den bestehenden Abteilungen bereits adressiert und aufgesetzt wären oder wo noch Ergänzungsbedarf bestehe. Es dürfe nicht so sein, dass man für jede Fachabteilung am Ende noch einen Klimaschutzbeauftragten habe.

Landrat Sailer schlägt vor, das mit der Präsentation von Frau Spöttle in der nächsten Sitzung zu verbinden.

Mit dem Vorschlag, diese Stelle mit Sperrvermerk in den Stellenplan mit aufzunehmen und den Haushaltsansatz entsprechend anzupassen, besteht Einverständnis. Alles Weitere entscheidet der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation in den nächsten Sitzungen.

Im Anschluss fährt **Herr Seitz** fährt mit seinen Ausführungen zum Kreishaushalt fort. Im Zusammenhang mit den Ausgaben für das Hauptamt müsse noch über zwei Listenpositionen entschieden werden. Herr Seitz erklärt, dass man 10.000 Euro für das Zugangsterminal am Dienstgebäude auf die Liste genommen habe.

Kreisrat Dangl erklärt, dass Sicherheit vorgehen würde und seitens seiner Fraktion hier keine Einwände bestehen würden.

Herr Seitz führt weiter aus, dass letztlich noch über den Themenkomplex „Anmietung externer Diensträume“ entschieden werden müsse. Auf Vorschlag von Landrat Sailer habe man in der ersten Lesung den Listenansatz von 20.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben. Herr Seitz erklärt, dass er eben noch den Hinweis bekommen habe, dass der Ansatz für die Neumöblierung dann natürlich auch angepasst wäre. So müsse man jetzt neben den Mietkosten noch 27.000 Euro für die Ausstattung der angemieteten Räume mit auf die Liste setzen.

Kreisrat Dangl stellt fest, dass 24.000 Euro für die Möblierung des kleinen Sitzungssaales vorgesehen waren. Nachdem diese herausgenommen wurden, habe er keine Einwände gegen diese Listenposition.

Landrat Sailer stellt fest, dass diese Position entsprechend aufgenommen wird. Es bleibe auch nichts anderes übrig, als die angemieteten Räume auch entsprechend auszustatten.

Im Anschluss an die Diskussion fasst der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Personal, EDV und Organisation empfiehlt dem Kreisausschuss die Aufnahme der in der Vorlage enthaltenen Haushaltsansätze und Verpflichtungsermächtigungen in den Kreishaushalt 2013.

Die ergänzte Vorlage des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation zum Kreishaushalt 2013 ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| Ja-Stimmen: | 13 |
| Nein-Stimmen: | 0 |

TOP 3 Verschiedenes

Keine Vorlagen

TOP 4 Wünsche und Anfragen

Kreisrat Bergmeir äußert sich zu dem Vorwurf aus den eigenen Reihen, dass die Personalkosten überproportional in den letzten Jahren gestiegen seien. Bei rein zahlenmäßiger Betrachtung der Personalkosten wäre der Vorwurf durchaus berechtigt. Auf der anderen Seite wären dies ja alles Vorgaben, die auch der Kreistag gemacht habe, gerade im Bereich Klimaschutz oder Neubau von Schulen. Dazu benötige man das entsprechende Personal. Kreisrat Bergmeir erklärt, dass er auch in der gestrigen Sitzung des Bau-, Umwelt- und Energieausschusses etwas Bauchschmerzen gehabt habe. Hier ginge es um Projekte mit 35 Millionen Euro, die immer so nebenher laufen sollen und von der Bauverwaltung ein bisschen begleitet würden. Er persönlich habe dies auch gestern wieder gesehen mit der Vorstellung, dass man bei vernünftiger Begleitung der Bauvorhaben weniger Kosten haben würde. Wenn man solche Bauvorhaben stemmen wolle, müsse man sicherstellen, dass diese von der Verwaltung auch abgewickelt werden könnten. Hier habe er nach wie vor im Bereich dieser Bauvorhaben gewisse Bauchschmerzen, das müsse er ganz deutlich sagen. Nach Überzeugung von Kreisrat Bergmeir wären durch die ständige Begleitung der Bauvorhaben auch Kosteneinsparungen möglich. Auch die Baukostensteigerungen, die man in dem einen oder anderen Baumaßnahmen habe, kämen nicht von ungefähr. Hier müsse man sich auch selber an die eigene Nase fassen. Auch das Thema Klimaschutz habe man sich auf die Fahnen geschrieben und darum müsse man das Personal entsprechend zur Verfügung stellen. Diese ganzen Punkte müsste man auch im eigenen Kollegenkreis einmal deutlich machen. Er verstehe nicht, dass man im Kreistag zustimme und dann den Personalausschuss vorwerfe, dass die Personalkosten aus dem Ruder laufen würden, was ja eigentlich auch insgesamt so nicht stimmen würde. Nach Meinung von Kreisrat Bergmeir müsse man dies in den einzelnen Fraktionen deutlich machen, dass diese Vorwürfe jetzt nicht wieder erhoben werden.

Landrat Sailer weist an dieser Stelle noch darauf hin, dass sich der Anteil der Personalausgaben am Verwaltungshaushalt in den letzten elf Jahren um ein Prozent erhöht habe. Auch vor diesem Hintergrund treffe der Vorwurf nicht zu.

Auch **Kreisrat Dangl** kann den Wortbeitrag von Kreisrat Bergmeir nur unterstreichen.

Auf Anregung von **Kreisrat Fendt** soll auch einmal über Werkverträge nachgedacht werden.

31. Sitzung des Ausschusses für Personal, EDV und Organisation 01.02.2013